

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 56 (1962)
Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : Verhandlungen - wozu? ; "Politik der Stärke"? ; Nehru und die Heuchler ; Frieden im Kongo? ; Moskau oder Peking?
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140651>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im wahren Christentum lebt die Sehnsucht nach Frieden, und Frieden wird nur sein, wenn die militaristischen Kräfte ausgeschaltet werden und damit in Westdeutschland friedliche Verhältnisse einziehen.

Deutschland muß militärisch neutral sein. Deutschland muß atomwaffenfrei sein. Deutschland muß abrüsten bis auf die notwendigen Polizeikräfte. Die beiden deutschen Staaten müssen den gegenseitigen Verzicht auf Gewaltanwendung erklären und dafür wirken, daß es zu einem Nichtangriffsabkommen zwischen den Mächten der NATO und des Warschauer Vertrages kommt.

All dies entspricht den Lebensinteressen unseres Volkes, und all dies können wir in der Deutschen Demokratischen Republik, unserer neuen Heimat, sagen und vertreten. Darum bekümmert es uns zutiefst, daß im Westen immer noch viele Menschen der Hetze der Militaristen gegen die DDR erliegen. Aus unserer eigenen Erfahrung erklären wir, daß die gottlose Aufhetzung der Menschen gegen die Deutsche Demokratische Republik ein Verbrechen am ganzen deutschen Volk ist, an dem sich Christen nicht mitschuldig machen dürfen.

Deutschland ist aufgewühlt vom Lauf der Geschichte; Entscheidungen über das Schicksal unseres Landes reifen heran, vor denen es kein Ausweichen mehr gibt. Adenauer und Strauß stehen auf dem Scherbenhaufen ihrer Politik der Stärke. Ein schlagender Beweis für diese gescheiterte Politik ist jetzt das Abtreten Brentanos von der Bonner politischen Bühne. Aber ein Personenwechsel genügt jetzt nicht mehr! Im Bewußtsein unserer Verantwortung sagen wir der christlichen Bevölkerung Westdeutschlands: Jetzt muß die Politik geändert werden! In Bonn beginnen sie schon zu begreifen, daß sie ihr Spiel verloren haben. Aber sie haben nicht den Mut, ihre Niederlage einzugestehen. Sie klammern sich an die Illusionen jener Stärke, die es längst nicht mehr gibt.

Kein Christ der Bundesrepublik darf mehr auf diesem Wege mitgehen! Wir beschwören euch: Begreift, daß Adenauers Weg falsch war und daß die Rüstungsbesessenheit des Kriegsministers Strauß nur zu einer Katastrophe führen kann. Macht eure Stimmen geltend für eine Politik der Vernunft, macht euch frei von Illusionen und Angstvorstellungen, helft, den Kriegsgeist abzubauen und dem Frieden auf deutschem Boden endlich eine Heimstatt zu schaffen!

WELTRUNDschau

Verhandlungen – wozu! Das alte Jahr hat dem neuen für Europa vor allem eine Aufgabe überwiesen: endlich einmal die Berlinfrage und womöglich die deutsche Frage überhaupt durch Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion einer Lösung entgegenzuführen. Was sehen wir aber? Die West-

mächte sind sich nicht einmal selber darüber einig, ob und mit welchem Ziel solche Verhandlungen eingeleitet werden sollen. Die beiden Konferenzen, die noch im Dezember in Paris stattfanden, und die zuerst die Außenminister der vier westlichen Hauptmächte und dann die Mitglieder des allgemeinen Nordatlantikrats vereinigten, haben die denkbar größte Verwirrung und Uneinigkeit unter den beamteten Vertretern der «freien Welt» geoffenbart. Am ehesten scheint die britische Regierung zu einigermaßen ernsthaften Gesprächen mit Moskau bereit, am wenigsten de Gaulle und sein Kabinett. Die westdeutsche Regierung weiß genau, daß ihre politischen Ziele jede friedliche Verständigung mit der Sowjetunion ausschließen, hat aber nichts dagegen, daß durch Scheinverhandlungen wieder einmal die Friedensunwilligkeit des Ostens «bewiesen» wird. Und Präsident Kennedy muß nicht nur auf de Gaulle und Adenauer Rücksicht nehmen, sondern hält selbst nicht viel von einem friedlichen Zusammenleben mit der kommunistischen Welt. So werden jetzt einmal einfach die Botschafter Amerikas und Englands in Moskau «Erkundungsgespräche» führen, um festzustellen, ob und wieweit eigentlich Verhandlungen mit der Sowjetregierung möglich seien. Sie sollen sich dabei vorerst auf die Berlinfrage beschränken, werden aber nicht verhindern können, daß sich allfällige weitere Auseinandersetzungen auch auf die westdeutschen Rüstungen, die deutschen Ostgrenzen und andere Streitpunkte erstrecken werden*.

Über diesen «Erkundungen» und Fühlungen werden, wenn es nach dem Fahrplan des Westens geht, Monate und Monate verstreichen, ohne daß doch greifbare Ergebnisse zu erwarten wären. Inzwischen wird nicht nur den Russen die Geduld auszugehen drohen, so daß sie auf ihre Absicht zurückkommen können, mit der Deutschen Demokratischen Republik einen Sonderfrieden abzuschließen; auch die Lage in Berlin wird immer bedenklicher werden, je länger der Zustand anhält, der am 13. August 1961 geschaffen worden ist. Der Berliner Berichterstatte der «Neuen Zürcher Zeitung» warnte (in Nr. 4823/1961) mit gutem Grund: «Wenn der gegenwärtige Schwebezustand, der das Aufkommen von Zweifeln und Unsicherheit begünstigt,

* Die Sowjetregierung hat die Verhandlungsgrundlage bereits in aller Form erweitert, indem sie dem westdeutschen Botschafter eine Denkschrift über die deutsche Frage in ihrer Gesamtheit überreichte. Sie suchte der Bonner Regierung darin klarzumachen, daß Westdeutschlands Unglück der enge Anschluß an die Westmächte sei und die Bundesrepublik nur gewinnen könne, wenn sie sich von der NATO löse und mit dem Osten ins Geschäft komme. Als ob gegenwärtig die mindeste Aussicht auf eine derartige Drehung des Bonner Kurses um 180 Grad bestünde! Man hätte viel eher erwarten können, daß Moskau die Westmächte davor warnen würde, sich von Bonn in ein kriegerisches Abenteuer hineinreißen zu lassen, das auch für sie nur katastrophal enden könnte. Jedenfalls ist schwer erfindlich, was für einen Zweck die Sowjetregierung mit ihrer Denkschrift erreichen wollte. Sie hat sich im Westen nur neue Anklagen zugezogen, weil sie immer wieder versuche, Westdeutschland von seinen Verbündeten zu trennen und es seinem eigenen Machtbereich anzugliedern.

noch lange andauern sollte, wird in Westberlin ein Abbau von moralischer und politischer Substanz einsetzen. Schon jetzt ist der Verschleiß von moralischer Kraft relativ groß.» Und als Folge davon, so sei beigefügt, nimmt die Abwanderung von Menschen und Kapitalien aus der «Frontstadt» immer stärker zu. Alle Anstrengungen müßten unternommen werden, so schreibt der genannte Korrespondent, um «die gefährlichen Konsequenzen des Erosionsprozesses» (auf deutsch: der Aushöhlung Westberlins) zu überwinden.

Warum werden trotzdem nicht tatkräftig die sachlich so notwendigen Verhandlungen mit der Sowjetunion aufgenommen? Wo liegt das Hindernis? Auf westmächtlicher Seite sagt man natürlich: Im Ausdehnungs- und Herrschaftswillen der Sowjetunion. Wie die «Freigewerkschaftlichen Nachrichten», ein in deutscher Sprache erscheinendes Monatsblatt des großen amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO, behauptet (Nr. 9/1961): «Die sowjetischen Machthaber wollen sich ganz Berlins bemächtigen, um ganz Deutschland zu demoralisieren, zu unterminieren und zu überrennen. Sie wollen ganz Deutschland unter das kommunistische Joch zwingen, um ganz Europa zu erobern und auszubeuten — wie sie das bereits mit Ungarn, Polen, Rumänien und den anderen Satellitenstaaten getan haben. Das ist aber nicht alles. Der Kreml will ganz Europa beherrschen, um die ganze Welt beherrschen zu können.» Das ist zweifellos auch die Auffassung der Regierungskreise in den Westländern. Ist es aber auch wahr? Ich halte es für völlig unwahr. Daß man in Moskau hofft, die ganze Welt werde mit der Zeit die kommunistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung übernehmen, ist sicher; aber die Sowjetunion hat mindestens seit der Ausbootung Trotzkijs darauf verzichtet, die soziale Revolution mit Waffengewalt auch in den kapitalistischen Ländern durchzusetzen. Sie erwartet die Überwindung des Kapitalismus und Imperialismus von den Widersinnigkeiten, Unmenschlichkeiten und Ungerechtigkeiten dieser Systeme selber wie vom sieghaften Beispiel der Sowjetunion und ihres wachsenden Wohlstandes; in Frieden und ohne die schwere Rüstungslast ihr Aufbauwerk fortsetzen zu können, ist darum ihr höchster Wunsch und das oberste Ziel ihrer Außenpolitik. Wenn einmal in der ganzen Welt abgerüstet und der Frieden gesichert sei, so werde, wie man in der Sowjetunion überzeugt ist, der Siegeszug des Sozialismus, wenn nicht des Kommunismus, nicht mehr aufzuhalten sein.

Gerade das aber müssen die kapitalistisch-bürgerlichen Staaten zu verhindern suchen. Sie wollen darum innerlich, zum Teil aber auch äußerlich — die DDR und China sind Beispiele —, das Bestehen kommunistisch regierter Staaten nicht anerkennen. Sie wollen sich besonders nicht mit der Machtverteilung und der Grenzziehung abfinden, wie sie durch den Zweiten Weltkrieg *durch gemeinsamen Beschluß der Siegermächte* in Osteuropa geschaffen worden sind. Sie wollen diesen Zustand wieder umstoßen, indem sie auf die Sowjetunion den

stärksten militärischen, politischen und wirtschaftlichen Druck ausüben; bis dieser Druck wirksam geworden sei und die Sowjetunion übergabereif gemacht habe, hätten Verhandlungen und Kompromisse — so glauben sie — keinen Sinn und könnten höchstens als vorübergehende Notbehelfe in einer sonst ausweglosen Lage in Frage kommen. Das ist, so müssen wir annehmen, auch in der Berlinfrage der Fall. Von echten Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion mit dem Ziel, ein friedliches Neben- oder gar Miteinander der beiden Lager mit fortschreitender Abrüstung zu ermöglichen, kann darum für den Westblock keine Rede sein; immerhin könne man im Kalten Krieg einen begrenzten Waffenstillstand aushandeln, der aber an der Notwendigkeit nichts ändere, den Druck auf die kommunistischen Staaten — diese Ausgeburten satanischer Mächte — so lange fortzusetzen, bis im «großen Entscheidungskampf zwischen Freiheit und Tyrannei» der Sieg für das Lager der Freiheit und Gottesfurcht gewonnen sei.

„Politik der Stärke“!

Daß die Westmächte nicht daran denken, sich mit dem Bestehen einer kommunistischen Staatenwelt abzufinden, zeigte sich neuerdings an der diesmal besonders scharf begründeten Weigerung der *Vereinigten Staaten*, China in die Organisation der Vereinten Nationen aufnehmen zu lassen. Da es ihnen gelang, für einen solchen Beschluß eine Zweidrittelmehrheit als notwendig erklären zu lassen, muß China wohl noch lang auf seine Aufnahme in die Gemeinschaft «freier, friedliebender Völker» warten — ein unzweideutiger Hinweis auf die Hoffnungen, die Amerika immer noch auf den Zusammenbruch der großen Volksrepublik des Fernen Ostens setzt. Die gleichen Hoffnungen nährt man in *Westdeutschland* in bezug auf die Sowjetunion und die osteuropäischen Volksrepubliken, gegründet auf die gleiche «Politik der Stärke», die auch die Vereinigten Staaten gegenüber China betreiben. «Ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen», sagte Bundeskanzler Adenauer am 1. März 1952: «Wenn der Westen stärker ist als die Sowjetunion, dann ist der Tag der Verhandlungen mit den Russen gekommen.» Und am 12. Oktober 1956: «Wir verhandeln mit den Sowjets, aber nur bis an die Zähne bewaffnet». Diesem Leitgedanken ist Adenauer und die Bonner Regierung bis auf den heutigen Tag treu geblieben, mehr und mehr unterstützt auch von der sozialdemokratischen «Opposition». Dabei muß natürlich allen Beteiligten klar sein, daß «Verhandlungen» mit der Sowjetunion, wie man sie sich in Westdeutschland vorstellt, nur nach einem diesmal siegreichen Krieg gegen den «alt bösen Feind» möglich wären, einem Krieg, den die Bundesrepublik, den verhängnisvollen Fehler Hitlers vermeidend, Arm in Arm mit den Westmächten führen müßte. Denn daß die Ziele, die sich die westdeutsche «Politik der Stärke» setzt, auf friedlichem Weg niemals zu erreichen sind, bedarf ja keines besonderen Beweises. Mag der Wie-

deranschluß Ostdeutschlands an den Westen durch «friedliche» Unterwühlung der DDR bis zum 13. August 1961 vielleicht denkbar gewesen sein: mit der Zurückholung der durch den Zweiten und den Ersten Weltkrieg verlorenen Ostgebiete ins neue Reich steht es vollkommen anders. Und erst das berauschende «Hochziel», von dessen endlicher Erreichung alle «nationalbewußten» Westdeutschen träumen, die «Befreiung aller Ostvölker bis hin zum Ural» und die Erschließung der unermesslichen Räume des Ostens für den deutschen Kolonisationsdrang — es käme in greifbare Nähe nur als Folge einer vollkommenen militärischen Katastrophe der Sowjetunion. Sie vorzubereiten, scheut die Deutsche Bundesrepublik denn auch keine Mühe noch Ausgabe. Und Bundesverteidigungsminister Strauß prahlte schon 1956, die vereinigte Stärke der Westblockländer reiche vollkommen aus, «um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können». Da aber leider die Stärke der Sowjetunion ebenfalls ausreichen würde, um Westdeutschland samt seinen europäischen Verbündeten «von der Landkarte zu streichen», so hofft man in Bonn immer noch auf das große Wunder, daß die Sowjetunion unter dem Druck der Westmächte schließlich von selbst einstürzen werde, wie die Mauern von Jericho vor dem Posaunengeschmetter der israelitischen Heerscharen . . .

Und *diese* Form der «Politik der Stärke» ist kaum weniger gefährlich als der ihr ursprünglich zugrundeliegende Gedanke, daß der Westen mit der Zeit einen Grad militärischer Übermacht gewinnen werde, der jeden Widerstand des Ostens von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteile und die Sowjetunion zur Übergabe einfach zwingen. Die Entwicklung der sowjetischen Kernwaffen- und Raketentechnik hat durch diese Rechnung einen dicken Strich gemacht, aber daß die westdeutsche Regierung nun auf ihre «Politik der Stärke» verzichten und ihr ganzes Verhältnis zum Osten auf eine neue, wirklichkeitsgemäße Grundlage stellen müsse — diese Folgerung zu ziehen weigert man sich in Bonn mit einer Hartnäckigkeit, die an Blindheit und Vermessenheit ihresgleichen sucht. Und die Westmächte wagen nicht, ihrem deutschen Verbündeten ein Halt auf seinem nachtwandlerischen Unglücksweg zu gebieten, lassen sich vielmehr von ihm selbst ins Verhängnis stürzen. Denn der Trost, daß ja die Verträge über den Beitritt Westdeutschlands zur NATO und über die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik genügend Sicherheiten gegen eine eigenmächtige Kriegspolitik Bonns böten, ist — wie ich schon in der Dezember-Rundschau bemerkte — eine arge Selbsttäuschung. Die Bundesregierung hat alle Beschränkungen ihrer militärischen Handlungsfreiheit nur darum angenommen, weil Adenauer und seine Leute wohl wußten, daß das Papier, auf dem sie verzeichnet sind, sie ebensowenig am Losschlagen hindern würde, wie sich Hitler durch die «Zwirnsfäden» des Versailler Vertrags gebunden fühlte, die Neuaufrüstung Deutschlands zu unterlassen und auf jede «Politik der Stärke» fernerhin zu verzich-

ten. General Heusinger, von dem gerade jetzt als «Kriegsverbrecher» im Zusammenhang mit einem Auslieferungsbegehren der Sowjetunion viel die Rede ist, sagte 1958 recht beziehungsreich: «Wir stehen heute vor der gleichen Situation wie 1939. Der Aufbau der Wehrmacht ist auch 1939 noch nicht abgeschlossen gewesen. Wenn wir trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit immer wieder Erfolge erzielen konnten, so war das letzten Endes immer wieder ein Verdienst der Führung . . . Wir sollten uns an unsere Vergangenheit erinnern und die maßgebenden Faktoren der Führung, die den Erfolg bringen, nicht vernachlässigen.»

Zu diesen «Faktoren der Führung» gehört im Geiste der Bundesregierung vor allem der engste Anschluß an die Westmächte, der für sie die Voraussetzung für den Erfolg ihrer ganzen «Politik der Stärke» bildet. Und das eben, diese Verknötung von bundesdeutscher und westmächtlicher Ostpolitik, ist heute die große Gefahr. Der Belgier E.-N. Dzelepy sucht es in seinem überaus lesenswerten Buch «Der Mythos um Adenauer» (bei Rütten und Löning, Berlin-Ost, in deutscher Sprache erschienen) den Westmächten klarzumachen. «Nachdem sie einmal», so schreibt er, «in das Getriebe dieses Bündnisses geraten sind, schweben sie jeden Augenblick in Gefahr, gegen ihren Willen und für eine Sache, die sie nichts angeht und auch gegen ihre eigenen Interessen gerichtet ist, in einen dritten Weltkrieg verwickelt zu werden. Denn nichts wäre leichter für die Bonner Politiker, als in der Gewißheit, daß ihre Verbündeten ihnen folgen würden, im gegebenen Augenblick die Feuersbrunst zu entfachen.»

Ob die Westmächte noch die Kraft haben, sich aus ihrer Verstrickung zu lösen und die ihnen so beharlich eingeflüsterte Trugvorstellung zurückzuweisen, daß die Sache Bonns auch ihre Sache sei und in Westberlin das Schicksal der «freien Welt» auf dem Spiel stehe?

Nehru und die Heuchler Von den Vorgängen in den außereuropäischen Erdteilen haben um die Jahreswende vor allem diejenigen in Goa und im Katanga die Aufmerksamkeit beansprucht. Es fällt einem zwar nicht leicht, die gewaltsame Besetzung Goas durch Indien zu mißbilligen, wenn man sieht, wie in der westlichen Welt Indien und sein führender Staatsmann wegen ihrer Handlungsweise beschimpft und verlästert werden und wie auch die schweizerische Presse, voran die «Neue Zürcher Zeitung», bei dieser Hetze mitmacht. Aber was Recht ist, muß Recht bleiben, und wenn Unrecht geschieht, so muß es auch als solches offen gekennzeichnet werden. Und die militärische Eroberung der kleinen portugiesischen Kolonie durch das große Indien ist Unrecht, insofern sie offensichtlich gegen Geist und Buchstaben der UNO-Satzung verstößt. Dies um so mehr, als in Goa nicht die Kolonialgreuel geschahen, die Portugal in seinen afrikanischen Besitzungen verübt und die in Angola zu einem mit unmenschlicher Grausamkeit niedergeschlagenen

Aufstand der verletzten und ausgebeuteten Eingeborenen führten. Es bedurfte schon einer wenig erbaulichen amtlichen Propaganda, um die Notwendigkeit eines *gerade jetzt* unerläßlichen bewaffneten Einschreitens gegen portugiesische Mißwirtschaft einigermaßen glaubhaft zu machen.

Wenn das gesagt ist, muß aber auch anerkannt werden, daß Nehru ernstzunehmende Gründe für ein scharfes Vorgehen ins Feld führen konnte. Der Fortbestand eines Restes portugiesischer Kolonialherrschaft auf dem Boden Indiens, das sich von der *britischen* Fremdherrschaft befreit hatte, war einfach eine dauernde Herausforderung des indischen Nationalgefühls, die nicht mehr für unabsehbar lange Zeit hingenommen werden konnte. Portugal hatte sich allen indischen Bemühungen, die Goafrage auf friedlichem Weg zu lösen, hochmütig widersetzt und damit eine bitterböse Stimmung in Indien geschaffen. Und gewisse maßgebende UNO-Mächte, die jetzt Indien so hart verurteilen, haben nicht nur Indien in seinem Kampf gegen *allen* Kolonialismus im Stich gelassen, sondern auch Portugal, wie Nehru sagte, «in seiner unnachgiebigen Haltung bestärkt». Hätte da Indien einfach geduldig warten sollen, ob sich diese Haltung in ferner Zukunft vielleicht doch einmal ändern würde? Durfte es nicht den Fehler gutmachen, der 14 Jahre vorher begangen wurde, als mit der Befreiung Indiens vom britischen Joch nicht auch das Ärgernis der portugiesischen Oberhoheit über indisches Land beseitigt wurde?

Indien *durfte* diesen Fehler auslöschen — aber doch nur, wenn es seine Klage gegen Portugal vor die Vereinten Nationen gebracht hätte und dort abgewiesen worden wäre. Man kann sich zwar schwer vorstellen, daß es Indien nicht gelungen wäre, einen ihm günstigen Entscheid der UNO-Versammlung (wenn nicht des Sicherheitsrates) durchzusetzen und die Weltmeinung für sich zu gewinnen. Es hätte dann — wie die UNO im Katanga — gegen Goa eine wirkliche Polizeiaktion ins Werk setzen können, die ihm niemand mehr mit Recht hätte übelnehmen dürfen. Aber selbst wenn die Mehrheit der UNO-Staaten nicht hinter ihm gestanden wäre, so hätte Indien dann mit einem viel besseren Gewissen in Goa einmarschieren können, als das jetzt der Fall ist. Seinen Anklägern wäre viel Wind aus den Segeln genommen worden.

Daß Indien nicht so handelte, war sein Fehler. Es rechtfertigt aber in keiner Art die widerliche Sittenrichterei, in der sich jetzt der indischen Regierung und vor allem Nehru gegenüber so viele westliche Politiker und Zeitungsschreiber gefallen. Welche Heuchelei ist es doch im Mund von Leuten, für die Gewaltanwendung und Gewaltdrohung das A und O aller eigenen «Staatsraison» ist, Nehru zu bezichtigen, er sei «vom Friedensapostel zum Gewaltanbeter» geworden, wie eine Überschrift in einer vielgelesenen schweizerischen Wochenschrift lautete! Mit welchem Recht verdammt Amerika die Besetzung Goas durch Indien, das gleiche Amerika, das Kuba durch ein schmähhches An-

griffsunternehmen wieder unter seine Oberherrschaft bringen wollte?*

Mit welchem Recht tun es Frankreich und England, die mit Israel zusammen den Suezkrieg gegen Ägypten entfesselt haben? Und wie will Frankreich seinen Algerienkrieg rechtfertigen, der bisher schon gegen eine Million Menschenleben gekostet hat, wenn es Indien verbieten will, durch einen unendlich weniger opferreichen kurzen Vorstoß Goa an sich zu nehmen, auf das es einen *wirklichen* Anspruch hat, während Frankreich in Algerien nur eine ausbeuterische Kolonialherrschaft verteidigt? Es ist allzu offenkundig, daß die Westmächte und ihre Trabanten jetzt nur gierig die Gelegenheit ergriffen haben, Nehru für seine Neutralitätspolitik moralisch zu strafen, die ihnen schon immer ein Dorn im Auge war, für seine Weigerung also, im Kalten Krieg gegen die Oststaaten Partei für den kapitalistischen Westen zu nehmen. Das ist der wahre Grund für ihre Anklage gegen den indischen Staatsmann, er führe die Friedensliebe nur im Mund, bekenne sich aber tatsächlich zur Gewaltpolitik . . . wie sie selber!

Daß Nehrus militärisches Vorgehen gegen Goa aus einem ganz anderen Geist stammt als die Gewaltpolitik der europäisch-amerikanischen Großmächte und ihrer kleineren Nachläufer, liegt im übrigen auf der Hand. Kingsley Martin erinnert im «New Statesman» (29. 12. 1961) mit Recht daran, daß auch Gandhi, den man im Westen dem indischen Ministerpräsidenten als edles Beispiel vorhält, Gewaltanwendung nicht abgelehnt hat, wenn der Verzicht darauf nur Feigheit oder Gleichgültigkeit gewesen wäre. «Über Goa selbst sagte er, daß in einem freien Indien Goa kein Sonderdasein im Gegensatz zum Gesetz eines Freistaates führen dürfe. Er klagte die dortige Herrschaft der Portugiesen als Schreckensregiment an und hätte sicher Nehru getadelt, daß er 14 Jahre gewartet habe, um Indiens Unabhängigkeit zu vervollständigen.» Jedenfalls ist von Indien aus versucht worden, Goa durch gewaltlosen Widerstand gegen die portugiesische Fremdherrschaft zu befreien. «Im Jahre 1954», so schreibt Martin, «wurden von den Portugiesen elf Menschen getötet, die (in Goa) einen Sitzstreik unternommen hatten . . . Im Jahre 1960 waren viele Tausende bereit, in Goa Gewaltlosigkeit zu üben, und Nehru hat sicher recht, wenn er sagt, er habe durch den Einsatz der Armee ein Blutvergießen verhindert, das weitere Kundgebungen verursacht hätten . . . Nehru verteidigt heute die Kolonialfreiheit mit einem Mindestmaß von Gewalt, geradeso wie Gandhi die Unabhängigkeit Indiens durch Gewaltlosigkeit erstrebte.»

* Der Staatspräsident von Guatemala, Fuentes, hat in seiner Neujahrsbotschaft offen gestanden, daß auch in Guatemala (wie in Florida, USA) ein Teil der Truppen ausgebildet worden sei, die den Angriff auf Kuba unternommen hätten. Seine eigene Regierung wie diejenige der Vereinigten Staaten hatte das seinerzeit entschieden abgeleugnet. So wird gelogen!

Frieden im Kongo! Man hat gesagt, die Besetzung Goas durch indisches Militär sei auch ein schwerer Schlag für die Vereinten Nationen gewesen. Das ist sicher übertrieben, obwohl nun Portugal aus der UNO austreten will und Indonesien droht, das bisher noch holländische West-Neuguinea ebenfalls aus eigener Machtvollkommenheit an sich zu reißen. Beide Schritte wären sicher zu bedauern; aber die UNO braucht darum nicht erschüttert zu werden, so wenig wie das die Folge ihres Eingreifens im *Kongo* sein muß, wie man das auch behauptet hat. Im Kongo winkt ihr umgekehrt gerade jetzt ein endlicher Erfolg, nachdem ihr militärisches Vorgehen gegen den abtrünnigen Katanga so lange von Mißgeschick verfolgt worden war. Der Anfang Dezember neuaufgenommene Vorstoß der UNO-Streitkräfte, denen sich auch Truppen der kongolesischen Zentralregierung anschlossen, führte sie rasch bis vor die katangische Hauptstadt Elisabethville und in sie hinein, so daß der brave Herr Tschombe alle Welt — sogar den Papst — um Hilfe für die schwer bedrohte Freiheit seines Heimatlandes anflehte. Sofort setzte denn auch ein internationaler Rettungsversuch für die heldenhaften Freiheitskämpfer ein. Auch in der Schweiz wurde Alarm geschlagen; die «Neue Zürcher Zeitung» beispielsweise veröffentlichte (am 11. Dezember) einen geradezu hysterischen Leitartikel, in dem sie die Vereinten Nationen beschwor, ihre angeblich mit «äußerster Brutalität» geführte «Aggression» einzustellen, müsse doch fast ein Wunder geschehen, «wenn sie nicht an dieser Verwirrung selbst zugrunde gehen sollen». Dem Regime Tschombe könne man zwar als einer bloßen Interessenvertretung der Union Minière «keine besondere Sympathie entgegenbringen»; aber man müsse es vorderhand eben doch dulden. Das Ziel der Sowjetunion und ihrer Helfershelfer sei ja doch, die Vereinten Nationen zu zerstören, und das dürften die Westmächte um keinen Preis zulassen; insbesondere müsse auch «der verhängnisvolle indische Einfluß augenblicklich aus Afrika ausgeschaltet werden».

Unter dem Druck der großen Kapitalgesellschaften, die den Katanga wirtschaftlich und politisch beherrschen, forderte England, unterstützt von Frankreich, Belgien und anderen Mitgliedstaaten der UNO, auch bereits einen sofortigen Waffenstillstand, der Zeit für die Lösung des ganzen Streitfalles auf friedlichem Wege schaffen solle. Allein im UNO-Sekretariat ließ man sich durch all diese Druckversuche und Hilferufe nicht rühren. Man kannte die «friedlichen Wege» Tschombes und seiner Hintermänner aus früheren Erfahrungen zu gut und bestand darauf, daß zuerst die Eigenmächtigkeit der katangischen «Gendarmerie» — der von Ausländern befehligten Privatarmee der Union Minière — gebrochen sein müsse, bevor Verhandlungen mit der Regierung von Elisabethville aufgenommen werden könnten. So geschah es denn auch. Die katangische Hauptstadt blieb fest in der Hand der UNO; Herr Tschombe konnte nicht mehr «von einer starken Stellung aus» manövrieren und mußte sich zu wirklichen Ver-

handlungen mit der UNO und der kongolesischen Zentralregierung bequemen. Das Ergebnis war eine Vereinbarung, wonach Tschombe der Oberhoheit der Zentralregierung über alle Teile des Kongos und der Unterstellung der katangischen Gendarmerie unter den Befehl des Präsidenten der Republik zustimmt, die Beteiligung der katangischen Abgeordneten an den Beratungen der kongolesischen Volksvertretung ermöglicht und sich verpflichtet, die Durchführung der Beschlüsse der Vereinten Nationen zu erleichtern.

Tschombe, dieser vollkommen treulose Geschäftspolitiker, wollte zwar zuerst die Anerkennung des Abkommens durch seine Regierung und sein Parlament in Frage stellen, aber da nun die kongolesischen Streitkräfte, unterstützt von der UNO, immer größere Teile des Katanga unter ihre Botmäßigkeit bringen, scheint die Macht der katangischen Sonderbündler tatsächlich gebrochen und der Weg frei für eine Wiedereingliederung der abtrünnigen Provinz in die Gesamtrepublik, also für die friedliche Neuordnung des Kongo auf bündischer Grundlage. Die unerläßliche Voraussetzung dafür ist freilich, daß die Geldmächte, die bisher den Katanga regiert und die Einheit des Kongo gesprengt haben, samt ihren Beschützern innerhalb der UNO endgültig in ihre Schranken gewiesen werden. Wahrlich keine leichte Aufgabe! Es ist aber nicht zuletzt das Verdienst des irischen Diplomaten und bisherigen Zivilbevollmächtigten der Vereinten Nationen, O'Brien, daß die Machenschaften der internationalen Kapitalistengruppen, die vom Katanga aus arbeiten, mehr und mehr ins Licht gerückt worden sind; seine unermüdlichen Anstrengungen wurden nachdrücklich unterstützt von dem früheren Sicherheitsbeauftragten der UNO-Truppen, dem norwegischen Oberstleutnant Egge, der für die Schwierigkeiten im Katanga «eine kleine, faschistisch eingestellte Gruppe im Katanga ansässiger Weißer» verantwortlich machte, und von dem englischen Pfarrer Michael Scott, diesem tapferen Fürsprecher aller um ihr Menschenrecht kämpfenden schwarzen Afrikaner.

Eine besonders häßliche Rolle spielte und spielt noch immer in der Vertretung und Beschützung des katangischen Industrie- und Bergwerkskapitalismus die britische Regierung und ihr Außenminister Lord Home samt der britischen Abordnung in der UNO. Ihre zweideutige, ja unehrliche Politik, die sich zur Begünstigung schmutziger Geldgeschäfte hergebe, wird in der englischen Presse unbarmherzig angeprangert. «Viele von Tschombes lautstärksten Anhängern in unserem Land», so schreibt etwa der «New Statesman» (8. 12. 61), «haben unmittelbare Beteiligungen an der Union Minière mit ihrem Kapital von 145 Millionen Pfund (eindreiviertel Milliarden Franken). Um sie zu schützen, haben sie rücksichtslos und erfolgreich die Regierung überredet, dem Regime Tschombe auf Umwegen Unterstützung zu leihen. Infolge davon fand ein ausgezeichnete UNO-Generalsekretär den Tod, wurden Dutzende von UNO-Beamten und Soldaten getötet und unbekannte Tausende von Afrikanern abgeschlachtet. Die Ge-

winne des Katanga sind buchstäblich mit dem Blut unschuldiger Menschen erkaufte worden.»

Und Scott erklärt (vgl. «Peace News» 29. 12. 61) er habe auf seiner jüngsten Reise in Afrika aus erster Hand Beweise für Waffenlieferungen bekommen, die durch britisches Gebiet an Tschombe gegangen seien, wobei der Ministerpräsident des Zentralafrikanischen Bundesstaates, Sir Roy Welensky, der für die weiße Oberherrschaft in Rhodesien fürchtet, eine Hauptrolle gespielt habe». Die britische Abordnung in der UNO . . . ist nichts anderes als eine Interessenvertretung der mächtigen Industriegruppen der Anglo-American Corporation, der British South African Company und der Union Minière . . . Die britische Regierung wird jetzt offenkundig von Männern gefingert, die unmittelbar die Bergwerksgesellschaften im Katanga und im Kupfergürtel (Nordrhodesien) beherrschen. Sie haben lieber die UNO als wirksame Organisation bewußt unterwühlt und lahmgelegt, als daß sie den Verlust ihrer Verfügungsgewalt über diese afrikanischen Reichtumsquellen zugelassen hätten. Sie würden eher den Frieden der Welt aufs Spiel setzen als ihren Eigennutzen. Das sind die Leute, die Suez auf dem Gewissen haben. Es sind die adeligen Raubritter, die lieber einen Atomkrieg in Kauf nähmen als eine Gefährdung ihrer Geldgewinne . . . Wie ich vor dem Vierten Ausschuß der Vereinten Nationen sagte, stehen die Völker Afrikas vor einer weitverzweigten internationalen Verschwörung von Industrieherzögen, die weit mächtiger sind als jeder afrikanische Staat und mit den Geschicken und dem Leben der Menschen in Afrika ebenso spielen wie mit dem Frieden der Welt.»

Moskau oder Peking! Es könnte wundernehmen, daß nicht auch die Vereinigten Staaten die Belange der Katanga-Industrie wahrnehmen. Tatsächlich unterstützen sie recht kräftig die UNO in ihrem Kampf gegen Tschombe und seine Auftraggeber — aber nicht mit irgendwie antikapitalistischen Absichten, sondern weil sie im Fall eines Mißerfolgs der UNO- und der kongolesischen Truppen den Sturz der Zentralregierung und eine Machtergreifung durch die kommunistenfreundliche Linke befürchten, die bei den letzten Wahlen bereits 40 Prozent der Stimmen erhalten habe. Und die Sowjetunion, so glaubt man in Washington, lauere ja nur auf die Gelegenheit, festen Fuß im Kongo zu fassen.

Ob man in Moskau wirklich solche Pläne hat, mag zweifelhaft erscheinen. Jedenfalls ist man in der Sowjetunion mit der Förderung radikaler Bewegungen in den früheren und jetzigen Kolonialländern sehr vorsichtig geworden, und es ist ja gerade eine Hauptanklage, die die Kommunisten in China gegen die Sowjetführung erheben, daß sie den Kampf für die Revolutionierung der unterentwickelten Völker sträflich vernachlässige und dafür dem Trugbild einer Koexistenz mit den kapitalistischen und imperialistischen Mächten nachjage. Es lohnt

sich, diesem Streit zwischen Moskau und Peking etwas genauer nachzugehen.

Etwas vereinfachend kann man die chinesische Auffassung von der Weltlage und von den Aufgaben der sozialistischen Weltbewegung so kennzeichnen: Es gibt in der heutigen Welt nur zwei scharf getrennte Lager, das sozialistische und das kapitalistisch-imperialistische. Eine Reihe von Ländern steht geschlossen im einen oder andern Lager; in anderen Ländern geht der Riß mitten durch die Völker hindurch, wobei die reaktionären Klassen im kapitalistisch-imperialistischen Lager stehen, die revolutionären Klassen im sozialistischen Lager. Ein drittes, neutrales Lager gibt es nicht; die Länder als Ganzes und die sozialen Klassen innerhalb eines Landes gehören entweder zum sozialistischen oder zum kapitalistischen Lager oder neigen doch zum einen oder anderen hin. Der Kampf ist ein Klassenkampf im Weltmaßstab und muß bis zum Verschwinden der Klassen selbst, das heißt bis zum Sieg des Sozialismus durchgeföhrt werden.

Daraus ergeben sich zwei wichtige Folgerungen. Erstens: Das sozialistische Lager darf nicht auf Spaltungen innerhalb des kapitalistischen Lagers vertrauen; die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern sind zweitrangig und treten durchaus zurück hinter ihren gleichartigen Belangen, wobei heute die Vereinigten Staaten die Führung des imperialistischen Blocks innehaben und mit der Diktatur ihrer monopolkapitalistischen Oberklasse den ganzen Weltkapitalismus beherrschen und gegen den sozialistischen Block einsetzen. Falsch ist es auch, sogenannten neutralistischen Ländern Wirtschaftshilfe aus dem sozialistischen Lager zukommen zu lassen; solche Hilfe muß vielmehr den revolutionären Ländern und Kräften vorbehalten bleiben, wie China, Kuba, Algerien. Alle unterdrückten Völker und Klassen werden sich früher oder später zu einer Revolution erheben, die vom sozialistischen Lager aus mit allen Mitteln gefördert werden muß.

Die andere Folgerung ist: Das sozialistische Lager darf sich nicht auf Kompromisse mit den imperialistischen Kräften, auf eine Koexistenz mit den kapitalistischen Ländern einlassen. Es kann nur zielklaren, unnachgiebigen Kampf gegen sie geben, sollen sie nicht getäuscht werden und schließlich unterliegen. Wie dieser Kampf geführt werden soll, hängt von Zeit und Umständen ab; fest steht nur, daß der Imperialismus der große Feind ist, dessen Niederlage das Endziel sein muß. Das sozialistische Lager ist schon heute tatsächlich in vieler Beziehung so stark wie das imperialistische, wenn nicht sogar stärker als es — aber es leidet unter einem Minderwertigkeitsgefühl, das unbedingt überwunden werden muß. Stärkung des Selbstbewußtseins der sozialistischen Bewegung und Zusammenballung der inneren Kräfte der sozialistischen Länder (Diktatur des Proletariats!) tut bitter not; nur so kann der Gegner von einem neuen Weltkrieg abgeschreckt werden. Sollte der Imperialismus trotzdem einen Krieg wagen, so braucht das sozialistische Lager ihn nicht zu fürchten; es wird, wie

eine chinesische Zeitung vor kurzem schrieb, nach der vollständigen Vernichtung des Imperialismus auf dessen Trümmern «eine schöne Zukunft aufbauen».

Dem gegenüber der *sowjetische* Standpunkt: Das kapitalistisch-imperialistische Lager ist keine einheitliche reaktionäre Masse. Es ist voller Gegensätze und Spannungen, die ausgenutzt und sogar verschärft werden können. Die amerikanische Vorherrschaft ist bereits im Niedergang begriffen; Westdeutschland, der westeuropäische Zusammenschluß, im Osten Japan und dazu die Stockung der amerikanischen Wirtschaft sind deutliche Hinweise auf die Ungleichheit der Entwicklung innerhalb des imperialistischen Lagers. Alles kommt somit darauf an, die Zusammenschweißung der kapitalistisch-imperialistischen Weltkräfte zu einem fugenlosen Block durch Kompromisse und Verständigungen über Einzelfragen, nötigenfalls auch durch begrenzte Rückzüge des sozialistischen Lagers zu verhindern und Zeit zu gewinnen, um die Überlegenheit der sozialistischen Ordnung über den Kapitalismus tätig zu beweisen. Der Kampf gegen die Kriegsgefahr muß gewiß auch durch Verstärkung der eigenen Rüstung geführt werden; aber es muß gleichzeitig alles getan werden, um einen kriegerischen Zusammenprall der beiden Lager zu vermeiden, der das ganze sozialistische Aufbauwerk der letzten vierzig Jahre vernichten würde. Der Sozialismus wird durch seine innere Überlegenheit siegen, wenn der Frieden erhalten werden kann.

Und was die unterentwickelten Völker betrifft, so darf man ihre Lage nicht bloß vom Standpunkt des Klassenkampfes aus ansehen. Der nationale Gedanke spielt darin eine hervorragende Rolle; Frieden und wirtschaftlicher Fortschritt sind echt nationale Anliegen der zurückgebliebenen Länder, deren sich das sozialistische Lager sorgsam annehmen muß. Das «dritte Lager» ist durchaus Wirklichkeit, und das sozialistische Lager findet sehr greifbare Anhaltspunkte für eine aufrichtige, beiden Teilen förderliche Freundschaft und Zusammenarbeit mit ihm vor.

Wer hat nun recht — Peking oder Moskau? Im Grund zweifellos Moskau. Die chinesischen Kommunisten verengern und überspitzen die Wahrheit, die im Klassenkampfgedanken liegt, in ausgesprochen dogmatischer Art und unterschätzen bedenklich die Bedeutung des nationalen Gedankens. Sie erreichen damit manchmal gerade das Gegenteil dessen, was sie erstreben, zum Beispiel im Verhältnis zu Indien, das sie fast gewaltsam von sich abstoßen und in dem sie die reaktionären Kräfte nur stärken. Andererseits ist freilich nicht zu leugnen, daß die sowjetische Außenpolitik unter Chruschtschew sich wiederholt als zu vertrauensselig gegenüber dem imperialistischen Westen erwiesen hat und mit ihrem Abrüstungs- und Verständigungswillen bisher immer nur Mißerfolge eingeheimst hat (im letzten Heft der «Neuen Wege» wurde das in dem Aufsatz Morray eindrucklich gezeigt). Dennoch bleibt es richtig, daß die Vermeidung eines dritten Weltkrieges

die alles andere überragende Aufgabe unserer Zeit ist; die Vorstellung, das sozialistische Lager könne nach der Vernichtung des Kapitalismus in einem Atomkrieg auf dessen Trümmern eine schöne Welt aufbauen, ist eine verhängnisvolle Selbsttäuschung.

Aber richtig ist auch, daß China mit seiner noch weit hinter der sowjetischen Entwicklung zurückgebliebenen Wirtschaft ganz natürlicherweise viel mehr zu gewaltsamen, grobrevolutionären Lösungen der sozialen und nationalen Gegensätze neigt als die Sowjetunion. Sehr zutreffend sagt die «Monthly Review» (Neuyork, Dezemberheft), der wir mit den voranstehenden Darlegungen gefolgt sind: «Die Erfahrungen des neuen China mit dem Imperialismus haben bisher fast ausschließlich die Gestalt eines bössartigen feindseligen Amerika gehabt, das nie ein Geheimnis aus seinem Willen gemacht hat, die chinesische Revolution zu zerschlagen . . . Es erscheint nicht nur natürlich, sondern unvermeidlich, daß die Chinesen ihre gegenwärtigen Auffassungen von Imperialismus und Nationalismus haben . . . China leidet jetzt an einem schweren Anfall von linkem Dogmatismus. Die Krankheit wird nachlassen und schließlich verschwinden, so würde man meinen, wenn China seinen rechtmäßigen Platz unter den Staaten der Welt einnehmen darf.» Welch schwerer Fehler, daß ihm die Vereinten Nationen diesen Platz unter amerikanischem Druck auch jetzt wieder versagt haben! Aber es ist eben immer noch so wie von jeher: Wir wissen überhaupt nicht, mit wieviel Dummheit die Welt regiert wird . . .

6. Januar.

Hugo Kramer

An unsere Abonnenten

Dem Januarheft 1962 liegt ein Einzahlungsschein für das Abonnement bei. Wir bitten unsere Abonnenten höflich, den Betrag demnächst zu überweisen. Abonnement jährlich Fr. 22.—, halbjährlich Fr. 11.—, vierteljährlich Fr. 5.50. Ausland jährlich Fr. 23.—, halbjährlich Fr. 11.50.

Zum Beginn des neuen Jahrganges danken wir allen Lesern und Freunden herzlich, die uns bisher treu zur Seite gestanden sind bei der finanziellen Konsolidierung der «Neuen Wege» durch Werben von neuen Abonnenten, durch Übernahme von Geschenkabonnements, durch Zustellung von Probeadressen und durch *freiwillige Beiträge in den Betriebsfonds*. Wir bedürfen dieser Hilfe für den neuen Jahrgang ganz besonders; denn wir dürfen zu den großen Entscheidungen des kommenden Jahres in der Welt und in unserem eigenen Lande nicht schweigen. Wir bitten Sie, in Ihren Anstrengungen nicht nachzulassen, damit die «Neuen Wege» den «Kampf der Zeit» führen können. Zum voraus unsern herzlichsten Dank.

Der Vorstand der «Neuen Wege»